



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

5. Sitzung (öffentlich)

24. November 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:30 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Bericht über die Sonder-Gesundheitsministerkonferenz am 25. Oktober 2010** **5**
 - Bericht der Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
 - Nach ihrem Bericht beantwortet Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) Fragen des Abgeordneten Dr. Stefan Romberg (FDP).

- 2 Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie** **8**
 - Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484
 - Verfahrensabsprache

Der Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchführen. Die Einzelheiten werden von den Obleuten vereinbart. – Das MGEPA sagt zu, dem Ausschuss noch vor Weihnachten 2010 einen schriftlichen Bericht über den Einsatz der Videoüberwachung nach dem PsychKG zu übermitteln.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch für das Land Nordrhein-Westfalen 10

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/215

Vorlage 15/71
Information 15/7
Ausschussprotokoll 15/42

– Auswertung der Anhörung

Der Ausschuss diskutiert kontrovers. – Für die AGSI-Ausschusssitzung am 8. Dezember 2010 ist die Abstimmung über eine Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung an das Plenum vorgesehen.

4 Lobby für Erwerbslose stärken – Erwerbslosenzentren und -beratungsstellen fördern und landesweit ausbauen! 18

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/132

Vorlage 15/101

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Die in der Einladung E 15/114 vorgesehene Abstimmung wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion der Linken auf die AGSI-Sitzung am 8. Dezember 2010 verschoben. – Das MAIS soll bis dahin zu den von Frau Dr. Carolin Butterwegge (Linke) angesprochenen Punkten Stellung nehmen.

5 Frauen mit Zuwanderungsgeschichte unterstützen – Gewalt bekämpfen **20**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/471

Auf Vorschlag des Vorsitzenden überweist der zur Mitberatung aufgerufene AGSI-Ausschuss den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/471 an den Unterausschuss Integration. Nach dortiger Befassung soll der Antrag erneut im AGSI-Ausschuss aufgerufen und ein Votum an den federführenden Ausschuss für Frauen, Gleichberechtigung und Emanzipation abgegeben werden.

6 Keine Verschlechterungen bei Integrationskursen **21**

Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/478

Änderungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/533

Auf Vorschlag des Vorsitzenden überweist der AGSI-Ausschuss den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 15/478 sowie den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/533 an den Unterausschuss Integration. – Die Landesregierung sagt zu, den AGSI-Ausschuss sowie den Unterausschuss Integration zur Unterstützung der weiteren Beratung über den aktuellen Sachstand in Nordrhein-Westfalen zu informieren.

7 Leistungsfähigkeit der Arbeitsschutzbehörden in Nordrhein-Westfalen **22**

In Verbindung mit:

8 Qualität der festgestellten Verstöße gegen Arbeitszeitvorgaben an nordrhein-westfälischen Krankenhäusern

Vorlage 15/184

Den Ausführungen von StS Dr. Wilhelm Schäffer (MAIS) schließt sich eine Diskussion an.

- 9 Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz sowie der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits- und technischen Gefahrenschutzes und zur Aufhebung der Sauerstoff-Fernleitungsverordnung sowie der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten für Rohrfernleitungen** 33

Vorlage 15/125

Der Ausschuss wurde gehört.

- 10 Verschiedenes** 34

- a) Benennung einer Vertretung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration als Mitglied des Aufsichtsrates der Epidemiologisches Krebsregister NRW gGmbH** 34

Vorsitzender Günter Garbrecht benennt im Einvernehmen mit den Obleuten Herrn Arif Ünal (Grüne) zum ordentlichen Mitglied und Frau Angela Lück (SPD) zum stellvertretenden Mitglied.

- b) Vorschlag für ein Aufsichtsratsmitglied und eine Stellvertretung der ZTG Zentrum für Telematik im Gesundheitswesen GmbH** 34

Vorsitzender Günter Garbrecht benennt Herrn Hubert Kleff (CDU) zum Aufsichtsratsmitglied und Herrn Dr. Stefan Romberg (FDP) zum stellvertretenden Aufsichtsratsmitglied.

- c) Sitzungstermin** 34

Der für den 8. Dezember 2010 vorgesehene Bedarfstermin wird wahrgenommen, um eine öffentliche Anhörung und im Anschluss daran eine Beratungssitzung durchzuführen.

* * *

2 **Gesetz zur Abschaffung der Videoüberwachung von zwangsweise untergebrachten Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/484

– Verfahrensabsprache

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, das Plenum habe diesen Gesetzentwurf nach der ersten Lesung am 12. November 2010 an den AGSI-Ausschuss überwiesen. An dieser Stelle gehe es in erster Linie um die Verfahrensabsprache.

Wie bei Gesetzentwürfen in diesem Hause üblich, so **Dr. Stefan Romberg (FDP)**, beantrage er namens der antragstellenden Fraktion die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

Wolfgang Zimmermann (LINKE) bekundet das große Interesse seiner Fraktion, ernsthaft über dieses Thema zu diskutieren mit dem Ziel, zu konkreten Verfahrensweisen zu kommen, um die Videoüberwachung perspektivisch abzuschaffen. Wie im Plenum dargestellt, handele es sich hier um ein Personalproblem, was eine Debatte über mehr Personal und somit über höhere Kosten erforderlich mache. In einer Anhörung könnten die betroffenen Gruppen darlegen, wie prekär die Lage in diesem Bereich mittlerweile sei.

Ihre Fraktion sei ebenfalls an einer ordentlichen Beratung zu diesem Thema interessiert, so **Heike Gebhard (SPD)**, und halte es daher für sinnvoll, vor einer Anhörung zunächst das vorhandene Zahlenmaterial auszuwerten. Dieses habe das MAGS dem AGS-Ausschuss bereits in der letzten Legislaturperiode zugesagt, als der Erlass zum Einsatz der Videoüberwachung nach dem PsychKG am 17. April 2009 auf den Weg gebracht worden sei. Anhand der seitdem dokumentierten Fälle lasse sich ein Überblick darüber gewinnen, wie viele Kliniken wie oft diese Maßnahme ergriffen. Erst dann sollte man gegebenenfalls gesetzgeberisch reagieren. Das Ministerium möge einen entsprechenden Bericht liefern.

Peter Preuß (CDU) erklärt, auch seine Fraktion halte eine Anhörung für zwingend, insbesondere um den zu erwartenden Mehraufwand und andere Konsequenzen einschätzen zu können. In der Tat sollte der Ausschuss auch das Zahlenmaterial auswerten, um sich mit diesem Thema sachgerecht auseinandersetzen zu können.

Arif Ünal (GRÜNE) spricht sich namens seiner Fraktion ebenfalls dafür aus, das Zahlenmaterial auszuwerten und eine Anhörung durchzuführen. Der Ausschuss müsse sich gut vorbereiten, um dieses Thema nicht zu skandalisieren, sondern fachlich zu diskutieren und zu einem gemeinsamen Ergebnis zu kommen. Mit der Videoüberwachung gebe es sehr unterschiedliche Erfahrungen. Daher sollten die Land-

schaftsverbände, Ärzte und Pflegekräfte aus den Krankenhäusern sowie der Landesverband Psychiatrie-Erfahrener eingebunden werden.

Dr. Stefan Romberg (FDP) gesteht zu, dass die Kenntnisnahme des aktuellen Sachstands im Vorfeld einer solchen Anhörung hilfreich wäre und die Einbeziehung sämtlicher Betroffenen – Psychiatrie-Erfahrene, deren Angehörige, Pflegekräfte, Ärzte und alle anderen an diesem Verfahren Beteiligten – notwendig sei. Gleichwohl sollte der Ausschuss in diesem Zusammenhang keine allgemeine Debatte über die Finanzierung im Gesundheitssystem führen. Hier gehe es ausschließlich um die sensiblen Persönlichkeitsrechte der Patienten und nicht etwa darum, dass die Finanzierung der Personalstellen gemäß Psychiatrie-Personalverordnung, über die Kliniken und Krankenkassen miteinander verhandelten, an einigen Stellen problematisch sei.

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) erklärt, der Stichtag zur Übermittlung der Daten an das Ministerium sei der 8. Dezember 2010, also der Tag, an dem der AGSI-Ausschuss seine nächste Sitzung abhalte. Den Ausschussmitgliedern werde ein schriftlicher Bericht aber noch vor Weihnachten zugehen, um die Anwendung der Videoüberwachung einschätzen und auf dieser Grundlage Experten und Expertinnen für eine Anhörung benennen zu können.

Der Ausschuss will zu diesem Gesetzentwurf eine Anhörung durchführen. Die Einzelheiten werden von den Obleuten vereinbart. – Das MGEPA sagt zu, dem Ausschuss noch vor Weihnachten 2010 einen schriftlichen Bericht über den Einsatz der Videoüberwachung nach dem PsychKG zu übermitteln.